



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl, Tim Pargent, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion **(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Haushaltsplan 2022;

**hier: Starke Justiz für Bayern – 100 neue Stellen im Justizvollzug
(Kap. 04 05 Tit. 422 01 u. 422 21)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2022 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 04 05 wird der Ansatz im Tit. 422 01 (Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter) um 2.100,0 Tsd. Euro erhöht.

Mit den zusätzlichen Mitteln werden zusätzlich

- 10 Stellen der BesGr. A 8 (Hauptsekretärinnen und Hauptsekretäre),
- 20 Stellen der BesGr. A 7 (Obersekretärinnen und Obersekretäre),
- 10 Stellen der BesGr. A 9 (Inspektorinnen und Inspektoren),
- 10 Stellen der BesGr. A 7 (Stationspflegerinnen und Stationspfleger),
- 20 Stellen der BesGr. A 7 (Krankenpfleger und Krankenschwestern),
- 20 Stellen der BesGr. A 7 (Oberwerkmeisterinnen und Oberwerkmeister) und
- 10 Stellen der BesGr. A 8 (Hauptwerkmeisterinnen und Hauptwerkmeister)

neu ausgebracht.

In Kap. 04 05 wird der Ansatz im Tit. 422 21 (Anwärterbezüge und Unterhaltsbeihilfen für Dienstanfänger) um 350,0 Tsd. Euro erhöht.

Mit den zusätzlichen Mitteln werden 30 Stellen der BesGr. A 6 – A 7 (Obersekretäranwärterinnen und Obersekretäranwärter)

und 20 Stellen der BesGr. A 6 und A 7 (Oberwerkmeisteranwärterinnen und Oberwerkmeisteranwärter) neu ausgebracht.

Der Stellenplan wird entsprechend ergänzt.

Begründung:

Für die Erreichung des zentralen Ziels des Strafvollzuges, dass die Inhaftierten befähigt werden, künftig straffrei zu leben, ist es erforderlich, dass in den Justizvollzugsanstalten ausreichend Personal zur Betreuung zur Verfügung steht. Aus den Berichten und Schilderungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Justizvollzug in Bayern und ihrer Berufsverbände geht regelmäßig deutlich hervor, dass es seit Jahren eine ganz erhebliche Überbelastung des Personals gibt. Insbesondere in der Betreuung auf den Krankenstationen wird von Personalmangel berichtet.

Mit den hier beantragten Mitteln sollen weitere Stellen neu ausgebracht werden, um damit die Arbeitsbedingungen für das Justizvollzugspersonal zu verbessern und um es zu ermöglichen, dass künftig mehr Anwärterinnen und Anwärter als bislang vorgesehen eingestellt und ausgebildet werden können, um dem erheblichen Personalmangel langfristig entgegenwirken zu können. Mit mehr Personal können zudem die Folgen der Coronakrise besser angegangen werden, wie beispielsweise der Ausgleich ausgebliebener Resozialisierungsmaßnahmen, und eine Modernisierung des Justizvollzugs vorangetrieben werden, die langfristig zu einer Entlastung der Bediensteten führen kann. Beim anzusetzenden Haushaltsbetrag wird davon ausgegangen, dass die Stellen zum 1. September 2022 besetzt werden können.